



# Barthle-Brief

Nr. 36

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

2.10.2015

Thema der Woche:

## **„Bedeutendste Reform des deutschen Asylrechts seit den 90er Jahren!“ Abbau von Fehlanreizen und konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht haben**

In dieser Sitzungswoche befasste sich der Deutsche Bundestag mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Nach Treffen in Brüssel und im Anschluss an den Flüchtlingsgipfel – dem Treffen der Bundesregierung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer – wurden in dieser Woche Ergebnisse der Verhandlungen in Gesetzesform gegossen.

An diesem Donnerstag stand zunächst das Gesetz zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und weiterer Gesetze zur Debatte. Mit diesem von Bund und Ländern ausgehandelten sogenannten Flüchtlingspaket wird den Kommunen nicht nur weiteres Geld für die Betreuung von Flüchtlingen bereitgestellt. Das Paket favorisiert auch schnelle Asylverfahren und nimmt Asylanreize. Die Änderungen sollen ab 1. November in Kraft treten.

Spätestens dann sollen Asylverfahren auch noch weiter gestrafft werden. Wichtig dafür: die Einstufung von Albanien, Montenegro und dem Kosovo als sichere Herkunftsstaaten. In der Praxis heißt das: Wer künftig aus dem Westbalkan nach Deutschland kommt, verbleibt bis zum Abschluss seines Asylverfahrens und – gegebenenfalls – seiner Ausreise in Erstaufnahmeeinrichtungen. Das heißt außerdem aber auch: Sachleistungen statt Taschengeld. Als weitere Maßnahme folgt aus dem Gesetzespaket auch eine zügige und konsequente Abschiebung nicht Asylberechtigter. Wer keine Bleibeperspektive hat, muss Deutschland künftig schnell verlassen. „Wir wollen mit diesem Gesetz Fehlanreize beseitigen, die dazu führen, dass sich viele Menschen falsche Hoffnungen machen“, so Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Mit der Einstufung des Kosovo, Montenegro und Albanien als weitere sichere Herkunftsstaaten will der Bundesinnenminister die Einreisewelle aus diesen Ländern stoppen – ohne zusätzliche Bürokratie. Die Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) würden die Entscheidung, wer Chancen auf einen Asyl- oder Flüchtlingsstatus habe und dementsprechend die Erstaufnahme verlassen dürfe, in erster Linie „an die Nationalität knüpfen und die Erfahrungen, die man damit gemacht hat.“ Derzeit warten de Maizières Angaben zufolge 60 000 Menschen mit abgelehntem Asylantrag auf ihre Rückreise. Sehr viele stammen aus einem der Länder des Westbalkans.

Forderungen der Opposition, vor allem Antragstellern aus Syrien zu gestatten, für die Zeit des Verfahrens bei Verwandten und Freunden unterzukommen, lehnt de Maizière ab. „Wir müssen in den Einrichtungen überhaupt erst einmal feststellen, ob es sich um Syrer handelt. Das ist nicht immer einfach. Oft fehlen die Papiere.“ Da sich die Flüchtlinge, die kommen, auf Regionen und Kommunen konzentrieren würden, in denen Menschen ihrer Nationalität untergekommen seien, wäre dieser freie Zuzug laut de Maizière „mit einer gerechten Lastenverteilung innerhalb Deutschlands nicht vereinbar.“

Durch die finanzielle Entlastung werden Länder und Kommunen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Letztendlich sollen die beschlossenen Maßnahmen die Kommunen finanziell massiv entlasten und ihnen die größtmögliche Unterstützung bei der Unterbringung, Aufnahme und Integration von Flüchtlingen geben. So wird etwa die Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flücht-

lingen künftig auf mehrere Schultern verteilt: Die Länder werden verpflichtet, diese Jugendlichen mit den Maßnahmen der Jugendhilfe zu betreuen. Der Bund leistet dazu eine finanzielle Unterstützung von 350 Millionen Euro jährlich.

Ich betone ausdrücklich: Die angestrebten Neuregelungen sind die bedeutendste Reform des deutschen Asylrechts seit den 90er Jahren! Erstmals wird dabei in den Asylverfahren zwischen schutzbedürftigen Flüchtlingen und offensichtlich nicht schutzbedürftigen unterschieden. Richtungsweisend ist, dass künftig eine Reihe von Einschränkungen mit dem Status sicherer Herkunftsländer verbunden wird. Flüchtlinge aus diesen Staaten bleiben künftig in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen es kein Bargeld geben sollte, und aus denen sie nach dem Asylverfahren direkt in ihr Heimatland zurückgeführt würden. Dies ist ein Signal an Flüchtlinge vom West-Balkan, dass ein Asylantrag für sie keinen Sinn macht und es für sie andere Möglichkeiten gibt, nach Deutschland zu kommen. Weil man den Schutzbedürftigen heute und in Zukunft helfen will, muss man Hunderttausende abweisen, die nicht schutzbedürftig sind. Nicht aus Hartherzigkeit, sondern aus der Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

### Bundeswehreinsatz gegen Schlepperbanden

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche mehrheitlich beschlossen, dass die Bundeswehr sich stärker als bislang an der Bekämpfung des kriminellen Schlepperwesens im Mittelmeer beteiligen soll. Nach dem EU-Ratsbeschluss vom 18. Mai 2015 sieht die zweite Phase der EU-Operation EUNAVFOR MED den Einsatz von bis zu 950 Marinesoldaten vor. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern sollen die Soldaten Schlepperboote in den internationalen Gewässern zwischen Libyen und Italien „anhalten und durchsuchen, beschlagnehmen und umleiten, wenn der Verdacht besteht, dass sie für Menschenhandel oder Menschenhandel benutzt werden“, wie die Bundesregierung in ihrem Antrag schreibt.

Aufklärung und Informationsgewinnung über die Netzwerke von Schleusern stehen in der ersten Phase der Operation EUNAVFOR MED im Mittelpunkt, die seit Mai läuft. Mit zwei Schiffen ist die Bundeswehr beteiligt, der Fregatte „Schleswig-Holstein“ und dem Versorgungsschiff „Werra“. Mehr als 8.000 in Seenot geratene Menschen wurden nach Angaben der Bundeswehr seitdem in Sicherheit gebracht.

Auch in der ab Oktober startenden Phase zwei gelte „für alle im Rahmen von EUNAVFOR MED eingesetzten Schiffe die völkerrechtliche Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen fort“, macht die Regierung in dem Antrag deutlich.

In der Bundestagsdebatte ging der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jürgen Hardt auf die schon geplante Stufe drei des Einsatzes ein. Wenn es eine libysche Regierung gibt, mit der man zusammenarbeiten könne, werde man darüber nachdenken, Stufe drei, „also einen konkreten Einsatz vor der Küste Libyens“, einzuleiten, sagte er. Schließlich gehe es darum, „den Flüchtlingen ein sicheres Zuhause jenseits des Mittelmeers zu geben“, so der Unionsabgeordnete. „Wir müssen ihnen zusichern können, dass ihrem Antrag auf Schutz vor politischer Verfolgung im Einvernehmen mit der libyschen Regierung entsprochen wird.“ So könne vermieden werden, dass die Menschen nach Europa kommen, um dort ihren Antrag zu stellen.“

### Jahresbericht Deutsche Einheit

Um die Entwicklung der neuen Länder 25 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit ging es an diesem Freitag im Deutschen Bundestag, unmittelbar vor den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Die Abgeordneten zogen eine Bilanz der Entwicklung und debattierten über Maßnahmen, wie der Aufholprozess in den neuen Ländern im Vergleich zu Westdeutschland noch beschleunigt werden kann. Insgesamt ist die Bilanz in dem von der Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegten Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2015 erfreulich, aber es gibt auf vielen Feldern auch noch gewaltigen Aufholbedarf bis zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Hatten die neuen Länder bis in die jüngere Zeit noch unter starkem Bevölkerungsverlust gelitten, so ist die Abwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin in die alten Länder weitgehend zum Erliegen gekommen. „Inzwischen sind die Wanderungsbewegungen von Ost nach West und umgekehrt nahezu ausgeglichen“, heißt es in dem Bericht. Im Jahr 2013 habe der Osten sogar einen Binnenwanderungsüberschuss von 1.150 Personen zu verzeichnen gehabt. Als Grund hierfür wird „die hohe Anziehungskraft von Berlin“ angegeben. Allerdings hätten die Länder Brandenburg und Sachsen auch Bevölkerungsgewinne aus der Binnenwanderung.

Die Bundesregierung schreibt ein Vierteljahrhundert nach der Einheit von einem beachtlichen Aufholwachstum in den neuen Ländern. „Das reale Bruttoinlandsprodukt, das den Gesamtwert aller Wirtschaftsleistungen nach Abzug der Preissteigerung misst, hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt“, heißt es in dem Bericht. Wettbewerbsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze seien entstanden, die Verkehrsinfrastruktur sei grundlegend erneuert und ausgebaut worden, die Wohnsituation sei spürbar verbessert und der Verfall der Innenstädte gestoppt worden.

Die Bundesregierung zieht ein positives Fazit: „Der Aufbau Ost, der Aufbau einer sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft in den ostdeutschen Ländern, ist insgesamt gelungen.“ Allerdings wird auch eingeräumt, dass der Abstand in der durchschnittlichen Wirtschaftskraft zwischen den neuen und den alten Ländern auch heute noch groß sei. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liege die Wirtschaftsleistung der neuen Länder bei rund 67 Prozent des Westniveaus. Auch bei der relativen Arbeitsproduktivität hätten die neuen Länder erst 71 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht.

Wir sehen:  
Es ist schon wirklich viel geschafft – aber es bleibt auch noch einiges zu tun!

## Zitat

«Inzwischen trauen wir uns, und wenn nicht, dann sollten wir uns trauen, das fundamentale Dilemma dieser Tage offen auszusprechen: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten, sie sind endlich.»

*(Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum Auftakt der 40. Interkulturellen Woche in Mainz.)*